

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 16 (1975)
Heft: 9

Artikel: Das sowjetische "Budget"
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094987>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

lands, der Tschechoslowakei, Rumäniens und Japans. Das Communiqué betont hingegen die Souveränität der Staaten und den Verzicht auf die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten — und dies gerade in Moskau!

Der Kongress hiess Breschnews Worte gut, der in seiner Rede unter anderem sagte:

«Die friedliche Koexistenz bedeutet keine Versöhnung mit der Ungerechtigkeit, im Gegenteil: sie setzt eine wirksame Ablehnung der Aggression und das Recht der Völker voraus, mit allen Mitteln (!) für ihre politische und wirtschaftliche Befreiung und den sozialen Fortschritt (!) zu kämpfen.»⁶

Der Kongress ernannte ein «Internationales Komitee für die Fortsetzung der Aktionen des Moskauer Weltkongresses der friedliebenden Kräfte» mit Sitz in Brüssel und rief ausserdem einige Kommissionen für bestimmte Arbeiten auch nach dem Kongress ins Leben.⁷

WFR-Organisation und christliche Anschlussbewegungen

Obwohl der WFR ausgesprochen viele Kongresse veranstaltet, hat er im Unterschied zu den andern sowjetisch gelenkten «demokratischen Weltorganisationen» keinen Kongress als oberstes Organ. Der WFR besteht nur aus den Delegierten der nationalen Friedenskomitees und braucht keinem Kongress Rechenschaft abzulegen.

Die Organe des WFR sind sein Präsidium und sein Sekretariat (mit Sitz in Helsinki). Unter WFR-Führung stehen noch zwei weitere Einrichtungen, nämlich eine Kulturkommission und das Internationale Institut für den Frieden (mit Sitz in Wien). Der Beitritt zu diesem Institut steht statutarisch (Art. VI) «allen natürlichen oder juristischen Personen offen, deren Aufnahmesuch vom Vorstand angenommen wird». Dem WFR nicht zugehörig, aber dem gleichen sowjetischen Auftraggeber verbunden ist die «Christliche Friedensverteidigung» oder «Christliche Friedenskonferenz». Sie wurde 1958 auf einem Treffen «progressiver» Kirchenleute aus den Warschauer-Pakt-Staaten und der Bundesrepublik gegründet und ist bei der UNO als internationale gesellschaftliche Organisation registriert. 1973 nahmen an der Arbeit dieser Konferenz Vertreter von Kirchen und im sowjetischen Sinne progressiven christlichen Gruppen aus 50 Ländern teil. Präsident ist der Leningrader und Nowgoroder Metropolit Nikodim, Generalsekretär der ungarische Pastor K. Toth. Das Generalsekretariat befindet sich in Prag. ■

Quellen:

- ¹ Jahrbuch der Grossen Sowjetzyklopädie (BSE-Jahrbuch) 1974, Moskau 1974, S. 466.
- ² Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag, Nr. 5/1973, S. 703—708.
- ³ Laszlo Revesz: Zusammenarbeit mit Regierenden oder Regierten?, Bern 1974, S. 33—38.
- ⁴ «Prawda», 2. 11. 1973, S. 1.
- ⁵ «Prawda», 3. 11. 1973, S. 1.
- ⁶ «Prawda», 27. 10. 1973, S. 1 ff.
- ⁷ Revesz, a. a. O., S. 39—40.

Weitere Quellen:

BSE, 2. Ausgabe, Band 9, S. 301 und 304; Kleine Sowjetzyklopädie (MSE), Band 2, S. 665—667 (Moskau 1959); BSE-Jahrbücher 1962—1974; «Trybuna Ludu» (Warschau), 17. 1. 1970, S. 1—2; «Prawda», 21. 4. 1969, S. 4.

Das sowjetische «Budget»

Der Anteil der Militärausgaben am sowjetischen Budget und der tatsächliche Anteil der Rüstungskosten in der sowjetischen Volkswirtschaft sind zweierlei Dinge. Seltsam daran ist, dass die sowjetischen Führer selbst in ihren Äusserungen keinen Zweifel daran lassen, dass die budgetierten Zahlen nicht stimmen. Und seltsam ist es, dass man sie im Westen trotzdem immer wieder als Unterlagen für vergleichende Analysen zum «Rüstungsgleichgewicht» nimmt. Es bleibt China überlassen, ihre völlige Wertlosigkeit aufzuzeigen. Wir bringen diesbezügliche Auszüge aus einem Beitrag von Hsiao Lou («Das trügerische sowjetische „Budget“») in der «Peking-Rundschau» Nr. 8/1975.

Die Sowjetrevisionistischen Behörden hatten vor kurzem die Unverschämtheit, vor der ganzen Welt zu verkünden, das sowjetische Militärbudget für 1975 beläufte sich nur auf 17,4 Milliarden Rubel (etwa 22 Milliarden US-Dollar), was um 250 Millionen Rubel weniger als im vorangegangenen Jahr zu sein scheint. Wie gewöhnlich folgten dann die Fanfarenstösse der TASS-Nachrichten und -Kommentare: Wie die Sowjetunion bei der «Reduzierung ihrer Verteidigungsausgaben» Erfolge erzielt. (. . .)

Wenden die Sowjetrevisionisten wirklich nur diesen Betrag für ihre Militärausgaben auf, und — wie sie erzählen — «reduzieren» sie ihn gar von Zeit zu Zeit? Von wem wird erwartet, das zu glauben?

Seit vielen Jahren beobachtet die öffentliche Meinung in der Welt genau die Militärausgaben der Sowjetrevisionisten — mit der Schlussfolgerung, sie müssten etwa gleich hoch sein wie die Ausgaben der USA für diesen Zweck, und diese betragen im laufenden Fiskaljahr über 80 Milliarden Dollar. Und die der Sowjetunion? Die sowjetrevisionistischen Anführer hatten niemals den Mut, die vielen von aussen angestellten Analysen in dieser Sache zu dementieren. Nun, da die Zeit für das Erstellen des Militärbudgets für nächstes Jahr gekommen ist, haben sie keine andere Alternative als unverschämt weiter zu lügen, obwohl sie nur zu genau wissen, dass dies niemanden überzeugen wird, nicht einmal sie selbst.

Es ist allgemein bekannt, dass die Sowjetunion ein Land mit einer militarisierten Volkswirtschaft ist. Seit dem Amtsantritt von Breschnew haben die Rädelsführer des Sowjetrevisionismus immer wieder ihre Absicht klar gemacht, (. . .) «alles zu tun», ihre militärische Stärke auf dem «höchsten Niveau» zu halten, das von der jeweiligen Entwicklung der Dinge gefordert werde. Wie die Dinge stehen, haben sie in dieser Frage Wort gehalten. (. . .)

Die Sowjetrevisionisten haben jetzt die an Zahl stärksten Streitkräfte in der Welt, sie haben die Anzahl ihrer Interkontinentalraketen (ICBM) in den vergangenen zehn Jahren mehr als verzehnfacht. Jetzt pumpen sie noch mehr Geld in die versuchsweise Produktion von MIRV's und in den Bau von mit lenkbaren Raketen ausgerüsteten Atom-U-Booten neuesten Typs. Gleichzeitig verdoppeln sie ihre Bemühungen, ihre konventionelle Bewaffnung auszubauen. Die wissenschaftlichen Experimente sind Legion, die sie für militärische Zwecke durchführen. Ist das kein klarer Beweis für das beträchtliche Anwachsen ihrer Militärausgaben Jahr für Jahr?

Den Herren im Kreml, die immer ihre Militärausgaben verheimlichen, passiert es manchmal,

dass sie sich selbst blossstellen. Chruschtschow, zum Beispiel, hat sich während seines Besuches in den USA 1959 «versprochen». Er sagte damals: «Die Militärausgaben in Ihrem Land (den USA) sind jährlich durchschnittlich über 40 Milliarden Dollar. Und bei uns? Es ist nicht nötig, die Tatsache zu verheimlichen, dass wir jedes Jahr für den gleichen Zweck fast 25 Milliarden Dollar ausgeben.» Nun, die von ihm verratene Zahl war schon das Zweieinhalbfache dessen, was die Sowjetrevisionisten damals veröffentlicht hatten. Als Chruschtschow davon sprach, es sei «nicht nötig, die Tatsache zu verheimlichen», bedeutete dies natürlich nicht, dass er offenerzig war. Aber dieser Ausspruch kann mindestens als Hinweis dafür dienen, dass die wirklichen Militärausgaben des Sowjetrevisionismus sehr viel höher sind als die Zahl, die er zu veröffentlichen beliebt.

Breschnew, der so stolz darauf ist, gewiegter zu sein als sein Vorgänger, hat sich auch einmal verraten. Zum Beispiel im Jahre 1969 zitierte ein «wichtiges» Dokument, an dessen Ausarbeitung er teilnahm, bestimmt und offen die vom Londoner Internationalen Institut für Strategische Studien genannten Militärausgaben der Warschauer-Pakt-Gruppe. Dieses Institut schätzte, dass die Militärausgaben der Sowjetunion zu jener Zeit etwa dreimal so hoch wie die von den sowjetrevisionistischen Behörden veröffentlichte Zahl waren. (. . .)

Nun ist es völlig offensichtlich, dass die von den Sowjetrevisionisten offiziell veröffentlichten Zahlen darüber unwahr sind. Wenn es noch eines weiteren Beweises bedarf, so findet sich dieser in der durch die Expansion ihrer Kriegsindustrie hervorgerufenen Einseitigkeit ihrer Wirtschaft. In diesem selbsternannten «entwickelten sozialistischen Land» herrscht ein ernster Mangel an Konsumgütern, die Landwirtschaft ist seit langem zurückgeblieben, die Waren auf dem Markt sind sehr knapp, die Preise steigen ständig und das Leben der Werktätigen wird immer schlechter. So mancher mag sich fragen, wohin der enorme Reichtum verschwunden ist, den das sowjetische Volk mit vielen Mühen geschaffen hat. Abgesehen davon, dass einige wenige, die Mitglieder der Klasse der bürokratischen Monopolkapitalisten, sich daran mästen, frisst die Rüstung den Löwenanteil des nationalen Reichtums auf.

Von einem ununterbrochenen Wachstum als einer Reduktion der Militärausgaben zu sprechen, das (. . .) enthüllt die äusserst schwache Position der herrschenden sowjetrevisionistischen Clique völlig — einer Bande von Reaktionären. (. . .) Diese Reaktionäre stehen dem sowjetischen Volk feindlich gegenüber, sie fürchten es über alle

(Fortsetzung auf Seite 8)

Valerij Tarsis

Sowjetdeutsche sind auch Menschen

... und kämpfen deshalb für ihre Menschenrechte

Im Zuge des Menschenrechtskampfes in der UdSSR bringt der Samisdat auch Material über eine diskriminierte nationale Minderheit, von der man wenig gehört hatte: die Sowjetbürger deutscher Herkunft. Von 1938 an bis in die Nachkriegsjahre fielen sie massenhaft den Terrormaßnahmen zum Opfer. Heute leben rund 2 Millionen «Sowjetdeutsche» zumeist an den Orten, wohin man sie deportiert hatte. Für sie und zu ihnen spricht die Dokumentensammlung «Re-Patria» («Wieder-Heimat»), die Ende 1974 im Samisdat in Moskau «herauskam», redigiert von den sowjetdeutschen Bürgerrechtlern Vitautas Grigas, Lilly Bauer und Friedrich Ruppel. Als Nr. 16 der Serie «Wolnoje slowo», Ausgewähltes aus dem Samisdat, hat sie der Possev-Verlag, Frankfurt/M., jetzt in Russisch veröffentlicht.

Die Ansiedlung der Deutschen in Russland geht auf das 18. Jahrhundert zurück. Zahlreiche Kolonisten kamen unter Peter dem Grossen und namentlich unter Katharina II., deren Manifest (kein Kriegsdienst für Siedler) 1764–1772 etwa 8000 deutsche Familien, 27 000 Menschen, zum Verlassen ihrer Heimat bewog. Sie liessen sich in 106 Kolonien im Wolgagebiet nieder. Eine zweite Welle deutscher Umsiedler kam während der Napoleonischen Kriege nach Russland; sie wurden im Süden der Ukraine, in der Schwarzmeer-Küstenregion und zum Teil im Kaukasus sesshaft.

Traditionell mit Russland verbunden

Das Leben der Siedler auf dem noch ungezähmten Neuland, im oft rauen Klima, war anfänglich schwer. Ins erste Jahrzehnt fielen zudem einige Dürrejahre, und an die Hälfte der Siedler

Das sowjetische «Budget»

(Fortsetzung von Seite 7)

Massen. Sie wagen nicht, dem sowjetischen Volk die Wahrheit über den gigantischen Rüstungswettlauf zu sagen, in den sie sich eingelassen haben. Nehmen wir das sowjetisch-amerikanische Gipfeltreffen als Beispiel. Die sowjetischen Revisionisten wagten nicht, dem sowjetischen Volk die wesentlichen Punkte des Abkommens über strategische Waffen mitzuteilen, das zwischen Breschnew und dem US-Präsidenten Ford im November 1974 ausgemacht wurde.

Die vielen hochtönenden Dokumente jedoch, von Moskau und Washington im Jahre 1972 unterzeichnet, veröffentlichten die Sowjetrevisionisten alle mit grossem Reklamewirbel in ihren Massenmedien; die einzige Ausnahme war das Abkommen über die sogenannte «Begrenzung» der strategischen Offensivwaffen — dieses wurde dem sowjetischen Volk verheimlicht. Und zwar deshalb, weil dieses besondere Dokument deutlich machte, dass die Sowjetunion die USA bei ICBM's und anderen strategischen Waffen, die sie danach zu besitzen berechtigt ist, zahlenmässig übertreffen werde. (...)

starb damals. Doch die Deutschen gaben nicht auf und arbeiteten fleissig weiter.

Wie die Kompilatoren von «Re-Patria» festhalten, «bezeugen die erhaltenen literarischen Denkmäler eindeutig, dass schon in jenen fernen Jahren in den Leuten das Bewusstsein einer untrennbaren Verbindung mit den Geschicken Russlands vorhanden war...» (S. 7).

Die Zaren räumten den Deutschen weitgehende kulturelle Autonomie ein: Wahl der dörflichen Beamten aus den Deutschen, Amtshandlungen in deutscher Sprache, deutschsprachige Schulen und Lehrerseminarien, deutsche Verlage.

In meiner Kindheit und Jugend war ich in einer Reihe deutscher Siedlungen in der Ukraine und im Wolgagebiet, und mich beeindruckte der kolossale Unterschied zwischen deutschen und russischen Bauern.

Während die Russen in armseligen strohbedeckten Hütten hausten, die ausser der Küche nur einen Raum hatten, wohnten die deutschen Siedler in geräumigen Häusern von 4 bis 5 Zimmern, mit Blechdächern, und hatten gemauerte Kornspeicher sowie prima Ställe für Vieh und Geflügel; in den deutschen Ortschaften gab es gepflasterte Strassen, während man in den russischen im Dreck versank — wie vielerorts noch heute. Besonders staunte ich über Klaviere oder Harmoniums und Bücherschränke in manchen deutschen Bauernhäusern — dazumal sogar in den Städten der russischen Provinz eher eine Ausnahme.

Die stalinistische Deportation traf ausgesprochene Sowjetpatrioten

Ein Ukas des Zaren vom Dezember 1915 sah für 1917 die Zwangsdeportierung der deutschen Siedler nach Sibirien vor. Diese kriegsbedingte Massnahme kam allerdings dank der Februarrevolution 1917 nicht zur Ausführung. Nach der Machtergreifung der Bolschewiki im November 1917 erhielten die Wolgadeutschen eine Autonome Republik im Wolgagebiet mit der Hauptstadt Engels. (Andere Ortschaftsnamen zeugten von der Herkunft der Wolga«deutschen»: neben Beauregard und Schwed gab es da ein Basel, ein Zürich, ein Unterwalden...)

Die ASSR der Wolgadeutschen entwickelte sich

in jeder Beziehung musterhaft: Es gab 170 nationale Mittelschulen, 11 Technika, 3 Arbeiterfakultäten (Rabfaki), 5 Hochschulen sowie ein Nationaltheater, 20 Kulturhäuser und 172 Kolchosklubs.

21 Zeitschriften und Zeitungen kamen in Deutsch heraus. In keiner Sowjetrepublik florierte die nationale Kultur in den dreissiger Jahren besser. Ich kannte Wolgadeutsche — Schriftsteller, Agronomen, auch drei Pastoren; sie alle waren Sowjetpatrioten.

Und fielen aus allen Wolken, als (noch vor Kriegseintritt der UdSSR 1941) unvermittelt alle deutschen Bezirke in der Ukraine und im Kaukasus, während des Krieges auch die Wolgadeutschen-Republik, liquidiert wurden.

Zehntausende unschuldiger Bürger deutscher Nationalität wurden verhaftet, vorab die Partei- und Staatsfunktionäre. Die Bevölkerung wurde gesamthhaft nach Sibirien deportiert, wo sie fast wie im KZ lebte.

Rehabilitierung ohne Wiedergutmachung

Als später die meisten der von Stalin aufgehobenen Republiken wiedererstand und Kalmücken, Tschetscheno-Inguschen, Ossetier usw. nach Hause ziehen konnten, erhielten die Deutschen keine entsprechenden Rechte. Ein Ukas von 1964 widerrief zwar die stalinistische These von ihrer Kollaborationsschuld und nannte die «Umsiedlung» (Deportation) unbegründet und willkürlich. Aber unter Hinweis auf die inzwischen erfolgte Neubesiedlung der Wolgabereiche verzichtete man darauf, die alten Heimatrechte wiederherzustellen. Mit dieser Rehabilitierung ohne Wiedergutmachung war den Sowjetdeutschen allerdings nicht geholfen.

Da nahmen sie, wie die Krimtataren, den Kampf für ihre Menschenrechte auf. Wie ich mich in persönlichen Begegnungen und Gesprächen überzeugen konnte, wird dieser Kampf in drei Richtungen geführt:

- Die einen anerkennen die UdSSR nicht mehr als Heimat und wollen nach Westdeutschland ausreisen (bemerkenswerterweise nicht in die DDR...).

- Andere kämpfen für die Wiedererrichtung der Autonomen Republik der Wolgadeutschen, da sie deren früheres Gebiet als ihre angestammte Heimat betrachten.

- Die dritte Gruppe von gut 600 000 gab in der Volkszählung von 1970 Russisch als Muttersprache an; viele von ihnen betrachten sich entsprechend als Sowjetrussen und möchten mindestens mit den übrigen Sowjetbürgern gleichberechtigt sein.

Das Menschenrechtskomitee mit Sacharow, Schafarewitsch, Twerdochlebow (am 18. 4. vom KGB verhaftet), Tschalidse (inzwischen in New York) u. a. unterstützt den Kampf der Sowjetdeutschen. «Re-Patria» bringt Stellungnahmen und Eingaben des Komitees — ebenso wie zahlreiche Fakten der Diskriminierung.

Die Ausreisewilligen...

Am schwersten haben es vielleicht die Ausreisewilligen. Viele bekamen statt des beantragten Visums — Freiheitsentzug. So verschwand die Familie Girning aus Duschambe spurlos, nachdem sie — Höhepunkt eines siebenjährigen Kampfes um die Ausreise — im Januar 1974 vor dem Gebäude des ZK der KPdSU in Moskau demonstriert hatte.